

Wörter-Zeitung

Preis 10 M.

Verlag: Die Arbeiter-Zeitung, Berlin, Unter den Eichen 10. Preis: 10 M. Einzelnummern 10 Pf. Durch die Post: 12 M. 10 Pf. (Postgebühr 2 M. 10 Pf.)

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlag: Die Arbeiter-Zeitung, Berlin, Unter den Eichen 10. Preis: 10 M. Einzelnummern 10 Pf. Durch die Post: 12 M. 10 Pf. (Postgebühr 2 M. 10 Pf.)

Neue Enthüllungen zum Blutmai Reichsbannermann, Gemeinhard von SPD.-Schutzpolizisten erschossen!

(Fig. Ber.) Berlin, 15. Mai.

Die Jörgiebel-Polizei ermordete bei dem Blutbad unter der Berliner Arbeiterstadt als einen der ersten den sozialdemokratischen Funktionär und Reichsbannermann Gemeinhard. Die sozialdemokratische Tagespresse hat trotz bürgerlicher Augenzeugenberichte, u. a. der „Frankfurter Zeitung“, bisher diese Tatsache in das Gegenteil zu verdrehen versucht und die Schuld den Kommunisten in die Schuhe geschoben. Aus zuverlässiger Quelle, nach sorgfältiger Untersuchung, erfahren wir jetzt folgende genauen Einzelheiten über die Vorgänge, die zur Ermordung Gemeinhard führten:

Als die Jörgiebel-Soldateska am 1. Mai, mittags 2,20 Uhr, die Kösliner Straße mit dem Rufe stürmte: „Straße frei! Fenster zu! Jetzt wird geschossen!“, sah im Hause Kösliner Straße 19, vorn drei Treppen, der SPD.-Mann Gemeinhard zum Fenster heraus und winkte den Polizeimannschaften zu, indem er herunterrief:

„Hier gut Freunde!“

Raum hatte er ausgesprochen, knallten zwei Schüsse aus einer Paraflex-Pistole. Gemeinhard fiel, mitten in den Kopf getroffen, auf das Fensterbrett und sank ins Zimmer zurück. Der Polizist stand an der Türschwelle rechts vom Hausflur an einer Gaslaterne, als er den tödlichen Schuß nach oben abgab.

In der Nähe des Schießfeldes stand der uniformierte Schutzpolizist Haberstroh, ein organisierter Sozialdemokrat, wohnhaft in derselben Kösliner Straße 3, bis zum 1. Mai stationiert auf der Polizeiwache Uferstraße. Dieser Haberstroh hatte sich selbst wie toll auf der Straße gebärdet und Schüsse aus seiner Pistole abgegeben. In größter Aufregung zog er jetzt den weiter mit

der Pistole herumsuchenden Polizisten, der die Mordtatsache ausgerechnet dem Sozialdemokraten Gemeinhard zielicher ins Hirn gejagt hatte, weg. Denn Gemeinhard und Haberstroh waren nicht nur dicke Freunde, Haberstrohs Vater ist ebenfalls Sozialdemokrat und Führer des lokalen Reichsbanner-Kollonnenmandos.

Der Schutzpolizist Haberstroh und der andere, auch ein Sozialdemokrat, der den Gemeinhard erschoss, waren von der Stunde an aus der Kösliner Straße verschwunden.

Haberstroh jun. ist auch nicht mehr im Dienst auf der Wache Uferstraße, sondern anderswohin versetzt; ebenso der Mörder von Gemeinhard, Haberstrohs Vater aber hielt im Krematorium in der Gerichtstraße seinem toten Freund, Gemeinhard, die Gedächtnisrede, und er wagte von der „verirrten Kugel“ zu reden, die dem Leben des Weissen ein Ende gemacht hätte.

Wie wir erfahren, haben sich mehr als 20 Zeugen gemeldet, die die Ermordung Gemeinhard durch die Polizei und die oben geschilderten Vorgänge bestätigen wollen. Das Ganze ein vernichtender Schlag gegen die sozialfaschistischen Führer, gegen die Hering-Reichsbannergarde, die die schiefstulmigen Elemente für die Schutzpolizei stellt und gegen die erbärmliche Lügenfront, mit der die SPD.-Presse das Blutbad Jörgiebel in eine Blutschuld der Kommunisten umzuwickeln versucht. Sozialdemokratisch organisierte Schutzpolizisten erschließen auf Befehl der Trußbourgeoisie und der sozialfaschistischen Polizeipräsidenten ihre eigene Parteigenossen. Kein ehrlicher Arbeiter kann dieser Mörderpartei mehr angehören. Nur in den Reihen der kommunistischen Partei kann das vergossene Arbeiterblut gerächt werden.

SPD.-Verbot in Württemberg, Bremen und Lübeck

M. Stuttgart, 14. Mai. Das Innenministerium hat durch Verordnung vom 13. Mai den Roten Frontkämpfer-Bund und die Rote Jungfront mit allen ihren Zweigorganisationen und Einrichtungen aufgelöst, und ihr Vermögen zugunsten des Reiches für beschlagnahmt erklärt.

Infolge des Verbots des Roten Frontkämpferbundes in Württemberg hat das Polizeipräsidium in Stuttgart auch das Rote Treffen Pfingsten 1920 in Stuttgart und alle ihm dienenden öffentlichen und geschlossenen Versammlungen sowie jeden Auf- und Abzug der kommunistischen Partei für die Zeit vom 17. bis 20. Mai verboten.

Der Lübecker Senat hat für das Gebiet des Freistaates Lübeck den Roten Frontkämpfer-Bund und seine Nebenorganisationen verboten, ebenso der Senat in Bremen.

Fememörder Leutnant a. D. Heine aus der Haft entlassen

Der Strafsenat des Oberlandesgerichts hat beschlossen, den Leutnant a. D. Heine, der in dem bekannten Fememordprozess wegen Beihilfe zum Mord verurteilt wurde, gegen eine Kaution von 5000 Mark aus der Haft zu entlassen.

Gute Zeiten für Fememörder! Fememörder Schutz soll beagnadigt werden. Heine wird gegen eine Kaution von 5000 Mark entlassen. Verbrecher werden unter der Ägide der Koalitionsregierung auf die Arbeiterstadt losgelassen. Revolutionäre Arbeiter, die am 1. Mai demonstrierten und sich gegen prügelnde Schupo wehrten, werden massenhaft eingekerkert.

Vom Tage

In der Abmündigung des Haushaltsausschusses des Reichstages wurde die Vorlage über die Auflegung der Reichsanleihe angenommen.

Im Preussischen Landtag hielt gestern Genosse Kasper, dessen Anklagerede in der Montagssitzung wir auf der zweiten Seite veröffentlichten, noch einmal im Schlusswort gründliche Abrechnung mit dem Sozialfaschismus und den Polizeimordsozialisten.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat vor Beginn der Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsernährungsminister Dietrich eingebracht.

Nach dem „Matin“ sollen sich Stamp und Dr. Schacht über bestimmte deutsche Vorbehalte geeinigt haben, andere seien aus dem Bericht ausgeschaltet worden und würden wohl in der Gestalt einer deutschen Denkschrift an den Bericht angehängt werden.

Der für Mittwoch vorgesehene Abflug Zeppelins zur Amerikafahrt ist infolge Einspruch der französischen Regierung auf Donnerstag früh 10 Uhr verschoben worden.

Freie Bahn dem Mietswucher!

Preussischer Staatsrat durchlöchert weiter Mieterschutz und Wohnungszwangswirtschaft

Berlin, 14. Mai.

Der Preussische Staatsrat stimmte am Dienstag der neuen Geschäftsordnung für die tierärztlichen Standesgerichte zu. Auch gegen die Verordnungen über die Verlängerung der Hauszinssteuer und der Gewerbesteuer wurden Einwendungen nicht erhoben. Der Staatsrat beriet sodann über eine neue Verordnung, die eine weitere Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft bringt. Die Freiheitsgrenze, die im Wohnungsmangelgesetz grundsätzlich festgelegt ist, soll mit Wirkung vom 1. Juli 1920 herabgesetzt werden. Während von den Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes Wohnungen in Berlin mit einer Jahresfriedensmiete von 3000 Mark und mehr nach den zurzeit geltenden Bestimmungen befreit sind, soll diese Befreiung für Berlin bereits bei einer Miete von 2400 Mark in Zukunft gelten. Für die übrigen Orte der Sonderklasse soll die Befreiung eintreten bei 1900 Mark, für die Ortsklasse A

bei 1400 Mark, für Ortsklasse B bei 1000 Mark, für Ortsklasse C bei 600 Mark und für Ortsklasse G bei 400 Mark. Als Gemeinden ohne Wohnungsmangel sollen gelten die Gemeinden mit weniger als 8000 Einwohner, im übrigen die von der Aufsichtsbehörde auf Antrag oder nach Anhören der zuständigen Gemeindebehörde bezeichneten Gemeinden. Die Verordnung wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Diese Verordnung bedeutet, daß der Mieterschutz weiter abgebaut und dem unerschämten Mietswucher der parasitären Hausbesitzer Tür und Tor geöffnet werden. Ganz besonders schamlos und mißvernehmlich ist die Bestimmung über die kleinen Gemeinden ohne Wohnungsmangel. Gegen die Auslieferung der Mieter der kleinen Gemeinden an das Hausbesitzkapital müssen alle wertvollen Mieter protestieren!

Betrug an den Textilarbeitern beginnt

Manteltarif auf 2 Jahre abgeschlossen

Breslau, 15. Mai.

Die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften waren erfolglos. Durch einen Schiedsspruch aber wurde der alte Manteltarif ohne irgendwelche Verbesserungen auf weitere zwei Jahre festgelegt. Die Forderungen der Arbeiter in bezug auf Verlängerung des Urlaubes sind in keiner Weise berücksichtigt worden. Die Differenzen in der Lohnfrage spizen sich außerordentlich zu, da die Unternehmer absolut nicht gewillt sind, irgendwelche Konzessionen zu machen. Sie haben sogar die Befreiung der in einigen Bezirken bestehenden Akkordbegrenzungsklausel verlangt. Die Unternehmer wollen die Möglichkeit haben, die „hohen“ Akkordlöhne abzuschaffen. Ab 1. Mai sollen die Akkordverdienste nur noch den Zeitlohn plus Akkordzuschlag betragen. Es ist selbstverständlich, daß das für einen großen Teil der Akkordarbeiter eine bedeutende Lohnreduzierung bedeuten würde. Die Gewerkschaftsführer haben bisher in gar keiner Weise irgend etwas zur Mobilisierung der Arbeiter unternommen, sie werden das auch in Zukunft nicht tun. Die schlechten Textilarbeiter müssen sich klar sein, daß ihre erbärmliche Lage nur im schärfsten Kampf gegen die Schlichter, die scharfmacherischen Textilbarone und die sabotierenden Gewerkschaftsführer gebessert werden kann.

Schlesische Ziegeleibesitzer sperren aus

Breslau, 15. Mai.

In dem Lohnkonflikt der Ziegeleiarbeiter hat sich die Lage außerordentlich zugespitzt. Die Besizer, die durch die passive Haltung der Gewerkschaftsbürokraten ermuntert werden, haben den Schiedsspruch abgelehnt und in verschiedenen Betrieben der Gesamtbelegschaft gelündigt. Wir werden morgen zu dem Kampf in den Ziegeleien ausführlich Stellung nehmen.

Die Wochenausgabe

am Pfingst-Sonntag

enthält u. a.: weitere Enthüllungen über die Jörgiebel-Schmach — den Schanderlaß gegen die Erwerbslosen — den Beginn der Original-Artikelserie „Eros im Zuchthaus“ von Karl Plättner — Gedicht von Kasimir Sublimier — Fortsetzung des Artikels: Zwölf Millionäre in Breslau — Rundfunkkritik mit neuem Programm — Guckkasten — Illustrierte politische Humorecke.

Genossen! Gebt sofort Bestellungen auf

Die Mai-Morde der Zörgiebel-Polizei

Anklagerede des Genossen Kasper gegen den sozialfaschistischen Mord — Proteststurm gegen Grzesinski Massenauschlüsse der Kommunisten — Ehrung der Maiopfer durch Absingen der „Internationale“

Die Debatte über die Blutschuld der Zörgiebel-Polizei am 1. Mai, die am Montag im Landtag stattfand, und über die wir gestern kurz berichteten, war eine vernichtende Anklage gegen den bluttriefenden Polizeifaschismus, der, organisiert von Seevering und ausgeführt von Grzesinski und Zörgiebel, von der Sozialdemokratie im Interesse der Bourgeoisie geführt und getragen wird. Die Anklagerede, die Genosse Kasper zur Begründung des kommunistischen Misstrauensantrages gegen Braun und Grzesinski und des Antrages auf Amtsenthebung und Bestrafung der schuldigen Polizeibekleideten hielt, war vernichtend für das preussische Polizeisystem und die SPD-Führerschaft. Selbstlos auf Geheiß kaufte auf die Sozialfaschisten und ihre Minister nieder. Und so sehr sich auch der Präsident Bartels dauernd mit der Klingel in der Hand bemühte, unseren Redner durch Unterbrechungen und Ordnungsrufe zu provozieren und sich zum Wortenspieler zu machen, so brutal er auch die Geschäftsordnung vergewaltigte und jeden Protestruf, der bei der Schilderung der Polizeifaschisten aus den Reihen der Kommunisten erfolgte, mit Ordnungsrufen und Androhung des Ausschusses belegte, um den Angriff auf seine Partei zu mildern — es half alles nichts: die Blutschuld der SPD und ihrer Minister wurde festgemacht. Die SPD-Führer wurden als das gezeichnet, was sie sind: als ein Parteimangel von beispielloser Verblüffung.

Bei Beginn der Sitzung war das Haus, mit Ausnahme der Bänke der Kommunisten, die vollständig erschienen waren, schwach besetzt. Presse- und Publikummensprengel waren dicht besetzt. Als Grzesinski erscheint, wird er von den Kommunisten demonstrativ mit Zurufen wie „Blutschuld“, „Arbeitermörder“ usw. begrüßt. Der Deutschnationale Vorstand beantragte Milderung eines Antrages, den „besonders gefährdeten Schupo-Beamten bei den Maiunruhen eine einmalige Gehaltszulage auszusprechen“. Das wird durch den Widerspruch der Kommunisten verhindert.

Anklagerede des Genossen Kasper

Genosse Kasper führte aus:

Am 1. Mai ist, veranlaßt durch Polizeiprovolationen des sozialdemokratischen Innenministers und des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel

in den Straßen Berlins Arbeiterblut geflossen.

Eine durch unverächtliche Lügen und planmäßige Heße wildgemachte, durch monarchistische Offiziere auf das höchste angefeuerte Polizei-Soldateska hauste in dießiger Weise wie in Feindesland. Dieses Vorgehen wird vom preussischen Innenminister und dem Polizeipräsidenten sowohl als auch von der gesamten Reaktion als voll gerechtfertigt bezeichnet, weil sich die kommunistische Partei am 1. Mai das Demonstrationsrecht nicht nehmen ließ. Das Demonstrationsverbot versucht man mit einer ganzen Reihe von Zusammenhängen im ganzen Reich zu rechtfertigen, von denen sich im letzten Jahre nur drei in Berlin abspielten, und in denen noch dazu die Schuldfrage absolut nicht geklärt worden ist. Alle Ueberfälle von Nationalsozialisten und Stahlhelmer auf Arbeiter mußten also dazu herhalten, um das Verbot des 1. Mai und das nachträgliche Verbot des NSD zu „rechtfertigen“ (Hört, hört! bei den Komm.)

Diese Art Begründung ist eine einzige unverschämte Verlogenheit.

Die wahren Gründe sind ganz andere. Es ist in erster Linie das ständige Wachen der Sympathien für die kommunistische Bewegung in den Arbeitermassen. Es ist eine unleugbare Tatsache, daß das Mai-verbot vom Polizeipräsidenten aus rein parteipolitischen Gründen, aus Prestige-Gründen für die SPD, erlassen wurde. (Lebhafte Zustimmung bei den Komm.) In einem Presseartikel hat Zörgiebel selbst zugeben müssen, daß Rücksichtnahme auf den Koalitions-Handel im Reich, auf die Schwierigkeiten der heutigen Machthaber in Preußen-Deutschland, die ja nur auf das Anwaschen der Spannungen in den gesamten wirtschaftlichen Verhältnissen zurückzuführen sind, das Leitmotiv für das Demonstrationsverbot gewesen sind. Dabei hätte er noch ausgeführt, daß er das Demonstrationsverbot für den 1. Mai nur deshalb nicht aufgehoben habe, weil aus Anlaß der Mai-demonstrationen verfaßte Ueberfälle von Kommunisten auf andere Arbeiter zu befürchten gewesen seien. Solche Ueberfälle, die fast am 1. Mai des vergangenen Jahres ereignet haben sollen, sind erloschen! Sie existieren nur in der Phantasie des Polizeigehirns! (Sehr richtig! bei den Komm.) Es wird damit nur bewiesen, daß mit dem Mai-verbot nur einem dringenden Verlangen der reformistischen SPD und der Gewerkschaftsführer entsprochen wurde. Das hat unter anderen bürgerlichen Blättern die bürgerliche „Weltbühne“ Zörgiebel bescheinigt, die schrieb:

„Hier ist die Linie, die schwarztrau vom Ergebnis der Betriebsrätemahlen zum Verbot des 1. Mai führt.“

Die SPD fürchtet nicht ohne böses Gewissen und deshalb nicht ohne guten Grund, daß der Aufmarsch der frühgepörrten Kommunisten bei der Bevölkerung einen imponierenden Eindruck hinterlassen würde als der übrige. Und Tatsache ist auch, daß die kommunistische Partei allen Maidemonstrationen der letzten Jahre ein revolutionäres Gesicht durch rote Fahnen und kommunistische Slogans geben konnte. Das ist es, was vermieden werden sollte. (Sehr richtig! bei den Komm.) Der Eigen-„Bordwärtz“ hat es nur beklümmen können, indem er schrieb, daß eine Anhebung des Demonstrationsverbotes nicht 22, sondern 230 Tote zur Folge gehabt hätte, in welchem Falle sich allerdings die „Demonstration nicht gegen die Polizei, sondern gegen die SPD und gegen die Gewerkschaften gerichtet“ hätte. Hier sind also die Schande des Zörgiebel-Grzesinski'schen Maiverbotes ganz klar und deutlich blickbar.

Nach Würdigung der übrigen politischen Gründe (Einreichung Deutschlands in die Vorkriegszeit bei den Reparationsverhandlungen, Belagerung des Reichstages, Abbau der Sozialpolitik, in der Unterfütterung der Unternehmenseigenen usw.) kennzeichnet Genosse Kasper die erbärmliche Rolle der SPD, an dem Beispiel Lügen-küchler von den 200 Toten auf dem Berliner Bezirks-Parteitag. Die Rolle der sozialdemokratischen Führer in der Regierung und der Parteiführung sowohl als auch in den Gewerkschaften ist klar vor der Arbeiterklasse entfalt. Sie sind die wahren Schuldigen an dem verheerenden Genozid der unbewohnten Soldateska in den Straßen Berlins (Ordnungsrufe bei den Komm.) In diesem Sinne erläuterte Genosse Kasper die Blutschuld der SPD. Er bescheinigt eine höhere Kammer. Von einem Mann, der in der vierten Reichskammer die Ehre verleiht, der in seinem hohen Grad von Verblüfftheit nichts anderes weiß als die ihm übergebene Intelligenz durch Verblüffung gegen die

Arbeiterklasse zu ergehen, ist auf dem Rücken eines Berliner Polizeipräsidenten nichts anderes zu erwarten, als was er am 1. Mai vollbracht hat. (Sehr richtig! bei den Komm.) Das ist nicht allein eine kommunistische Auffassung, sondern das wurde ihm auch von dem bürgerlichen Journalisten Ossowski in der „Weltbühne“ bescheinigt. „Schuldig war der Polizeipräsident“ — schrieb dieser Journalist — „aber eine friedliche Stadt in die Apparatur des Bürgerkrieges gebracht hat. 27 Menschen mußten sterben, mehr als 100 ihre heiligen Knochen einbüßen, nur damit die Staatsautorität gerettet werden konnte, die durch nichts gefährdet war als durch die Unfähigkeit ihres Inhabers.“

In den Rahmen dieser Ereignisse paßt die gesamte Mord- und Mordhege gegen die kommunistische Partei, die veranlaßt worden ist, um ihr die Schuld in die Schuhe zu schieben. Doch die Blutschuld der Grzesinski, Zörgiebel und ihrer Polizeibekleideten läßt sich nicht mehr abwachen, das steht fest.

Die Schuldigen sitzen in der Regierung, im Polizeipräsidenten, im sozialdemokratischen Parteivorstand und in den reformistischen Gewerkschaften.

Keine Entlastungs-offensive kann das aus der Welt schaffen. Niemand kann auch ablenken von dieser Blutschuld der Verantwortlichen, durch Polemiken, die jetzt gegen den Ministerialdirektor Klausner und andere Beamte geführt werden. Das hat nur den Zweck, einen Eindeutigkeit für das System des sozialdemokratischen Polizeifaschismus zu finden. Die Arbeiter, die die Opfer brachten, sind Blutzengen gegen die sozialdemokratischen Führer. Die Arbeiterklasse wird aus diesen Vorkommnissen die einzig mögliche Lehre ziehen, daß die geschlossene Front dieses bürgerlich-kapitalistischen Staat, diesen Polizei-Sozialismus und diese Arbeitermörder niederschlagen muß. (Stürmisches Bravo und Händelklatschen bei den Komm.)

Darauf nimmt Grzesinski das Wort, um seine Blutschuld abzulugnen und die Polizeibrutalitäten zu rechtfertigen.

Grzesinski wird mit einem Proteststurm empfangen

Eine Viertelstunde lang hagelt es Zurufe: Blutschuld, Arbeitermörder usw. Genosse Jendrecht wird ausgeschlossen. Er verläßt nicht den Saal, die Sitzung wird unterbrochen. Er wird auf acht Tage ausgeschlossen. Neue Amulte und ein Hagel von Zurufen gegen Grzesinski und dem Präsidenten, als Genosse Jendrecht schließ-

lich den Saal verläßt, erbrüt ein dreifaches Donnern des „Rot-Front!“ Diese Vorgänge wiederholen sich, so oft Grzesinski einen Anlauf nimmt, seine „Verteidigungsrede“ zu halten. Erst nach einem fünfstündigen Proteststurm, nachdem die kommunistische Fraktion unter Absingen der „Internationale“ bis auf einige Vorposten den Saal verlassen hatte, konnte Grzesinski reden.

Unter wiederholten Sitzungsunterbrechungen und dauernden Ausschüssen, die jedesmal erfolgen, sobald ein Zuruf auf die mehr als provokatorischen Reimwörter Grzesinski's aus den kommunistischen Reihen erfolgt, verläßt dann Grzesinski seine Rechtfertigungsrede zu halten. Welcher Art die Verteidigung Grzesinski's war, kennzeichnet sich schon dadurch, daß er selbst die Schilderungen der bestialischen Morde der Polizei in den bürgerlichen Blättern als „Schreiberei vom grünen Tisch“ bezeichnete. Es war eine Selbstverleumdung, daß solche jüdischen Provokationen gewaltige Proteststürme bei unseren Genossen auslösten, die immer und immer wieder zu neuen Unterbrechungen und Ausschüssen führten. Außer dem Genossen Jendrecht wurden ausgeschlossen: Woytowski, Kaatz, Obendiek, Deter, Rau, Abel, Solke, Bollweber, Schubert, Hanna Lubewig, Hoffmann. Die ersten acht wurden auf acht Tage, die übrigen für einen Tag von den Landtagsberatungen ausgeschlossen.

Punkt 3 Uhr kam Genosse Abel durch die Tür hinter dem Präsidententisch wieder in den Saal und rebete von der Treppe: „In diesem Moment werden auf dem Revolutionsfriedhof in Friedrichshagen drei Todesopfer des sozialdemokratischen Polizeifaschismus in die Erde gebettet. Es ist eine Schande für dieses Parlament, daß im gleichen Augenblick der Schuldige an diesen Blutopfern hier im Landtag eine provokatorische Rede halten darf. Wir Kommunisten und die gesamte Arbeiterschaft solidarisieren uns mit den Kämpfern gegen den bluttriefenden Polizeifaschismus und werden nicht ruhen und rasten, bis diese Blutschuld gebrochen ist.“

Zur Ehrung der Maiopfer und zum Protest gegen das Zörgiebel-Grzesinski-System verließen unter Zurechtlassung einiger Vorposten die Kommunisten geschlossen unter Absingen der „Internationale“ den Sitzungssaal.

Bartels, der die Sitzung sofort unterbrochen hatte, verkündet einen weiteren achtstündigen Ausschluß gegen den Genossen Abel und gibt dem Landtagsdirektor die Befehle, dem Genossen Abel für die Ausschlußzeit das Haus zu verbieten und seinen Eintritt eventuell durch die Polizei zu verhindern.

Hilferdings Steuerfreiheit für Millionäre

Abrechnung der Kommunisten mit der Finanzpolitik der Koalitionsregierung

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Montagssitzung des Reichstags nimmt

Genosse Maslowski

das Wort und verlangt die sofortige Beratung der kommunistischen Anträge auf Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes und der „Roten Fahne“. Diese Verbote seien lediglich erlassen, um die Blutschuld der Regierungsparteien am 1. Mai zu verwaschen. Genosse Maslowski schließt mit dem dreimaligen Ruf: „Rot-Front!“ in das die übrigen kommunistischen Abgeordneten einstimmen. Die Sozialdemokraten widersprechen den kommunistischen Anträgen unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien. Auf Beschluß der Regierungsparteien wird dann der Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Besserung der Kassenlage beraten. Diese Maßnahmen erstrecken sich auf die von der Regierung ausgeschrieben 500-Millionen-Anleihe. Zur Begründung des Gesetzentwurfs spricht der

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding:

Der vorliegende Entwurf wolle einen Weg zur Ueberwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten der Kassenlage des Reiches suchen. Die Banken könnten angesichts der gespannten Geldlage nicht hinreichend helfen. Die Regierung wird weitere Schritte unternehmen, um die Finanzen in Ordnung zu bringen.

Für die kommunistische Fraktion spricht darauf Genosse Gade

Als vor drei Wochen der Reichsfinanzminister vor den Reichstag trat und eine Kreditermächtigung in Höhe von 170 Millionen Mark verlangte, da hörten wir aus seinen Ausführungen den Trost, daß es diesmal das letzte Mal sein werde, daß er pumpt und daß die Finanzen des Reiches durchaus geordnet seien. Doch plötzlich, sozusagen aus heiterem Himmel, kommt derselbe Herr Hilferding wieder einmal mit einem großen Pump, indem er einen Gesetzentwurf, den eine steuerfreie Anleihe in Höhe von 500 Millionen Mark vorzieht, vorlegt. Diese Gesetzentwurf ist von außerordentlicher politischer Bedeutung. Was ist nun diese Anleihe? Es ist eine Anleihe, wie sie bisher in Deutschland einzigartig ist, eine Anleihe, wie sie bisher kein Bürgerland, keine andere bürgerliche Regierung gewagt hat, vorzulegen. Diese Anleihe bedeutet faktisch, daß die Besitzer der größten Vermögen, die dem Staat Geld leihen, nicht nur Steuerfreiheit genießen werden, sondern daß sie darüber hinaus über fünf Jahre hinweg Millionen und aber Millionen an Zinsen aus dem Steuerfiskus der Arbeiter erhalten. (Sehr wahr! bei den Komm.) Nach den Unterlagen, die bekannt sind, beträgt die effektive Zinszahlung des Reiches 9 bis 15 Prozent. Das bedeutet, daß diese Anleihe von 500 Millionen einmündlich des Steuerfiskus in Höhe von 45 bis 60 Millionen Mark jährlich verzinst werden muß. Das sind in fünf Jahren 250 Millionen Mark, die aus den Steuer-geldern der Arbeiter bezahlt werden

an jene, die für ihre Steuerhinterziehung noch eine Prämie von dieser Reichsregierung erhalten. (Sehr gut! bei den Komm.) Die Anleihe, die hier beschlossen wird, um das sogenannte Kassenloch zu decken, ist eine Herausforderung an das Proletariat. Was Herr Hilferding macht, wundert niemanden. Herr Hilferding war es, der in seinem Etat von vornherein auf eine Reihe von Besitzern verzichtet hat.

Herr Hilferding war es, der aus den Massensteuern

530 Millionen mehr herausholt als selbst der Bürgerlohn.

Dieser selbe Finanzminister macht heute der besitzenden Klasse ein neues Geschenk. In der Subventionspolitik für die Kapitalisten kommt jetzt die erbärmliche Zinspolitik und die Legalisierung der Steuerhinterziehung. (Sehr gut! bei den Komm.)

Wir lassen uns durch Hilferdings Ausführungen nicht über die wirkliche Lage in Deutschland täuschen. Die Lage der Finanzen des Reiches ist der Ausdruck für die Höhe der Stabilität der deutschen kapitalistischen Wirtschaft. Wenn die SPD einwendet, daß kein anderer Weg da sei, um Geld zu beschaffen, so verweise ich darauf, daß es in Deutschland allein 2300 Millionen gibt mit einem Privatvermögen von über fünf Milliarden Mark. Die großen und größten Vermögen in Deutschland repräsentieren allein einen den Finanzämtern angegebenen Wert von 50 Milliarden Mark. Hier ist das Kapital, das zum Teil hinterzogen und ins Ausland verschleppt wird und wo Millionensummen an Steuern herausgeholt werden können.

Herr Hilferding hat gleichzeitig angekündigt, daß nach dieser Anleihe ein Programm für die dauernde Gestaltung der deutschen Finanzen nach Abschluß der Reparationsverhandlungen von der Reichsregierung vorgelegt wird, das nichts anderes als neue steuerliche Entlastungen für den Besitz enthalten wird. Wir fragen daher heute schon den Reichsfinanzminister ganz kategorisch,

welche weitere Besitzsteuerentlastung steht bevor? Welche weitere

Massenbelastung ist geplant? Heraus mit der Sprache!

Kein Wort hat Hilferding gesagt von der geplanten Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung. Was Sie hier im Verdringung mit der Anleihermächtigung tun, ist weiter nichts als die Ausführung des Befehls der Großkapitalisten und Bankiers.

Die Kommunisten aber werden die Arbeiter gegen diese kapitalistische Diktatur aufrufen, die von Ihnen (zu den Sozialdemokraten) durch das Verbot des NSD und durch die gleichzeitige Aufrechterhaltung der faschistischen Organisationen unterstützt wird. Wir rufen die Arbeiter zum Sturm, dieses kapitalistischen Systems auf. Wir werden zu den Arbeitermassen hinaufgehen und ihnen sagen, daß es für sie nur eine Politik gibt:

Nieder mit diesem Reichsfinanzminister! Nieder mit dieser Regierung! Es lebe der Klassenkampf der Arbeiter!

Neue Nachrichten

Der weiße Hecker Pilsudski hat sich am Dienstagabend in Begleitung seines Adjutanten und zweier Majore auf unbestimmte Zeit nach Wilna begeben.

Die bürgerlichen Parteien in Mecklenburg-Schwerin haben eine Einheitsliste für die kommenden Landtagswahlen aufgestellt.

Im Hitler-Prozess wurden verschiedene Angeklagte zu Geldstrafen von 500 bis 1000 Mark verurteilt. Hitler selbst wurde von der Verurteilung wegen Verleumdung freigesprochen.

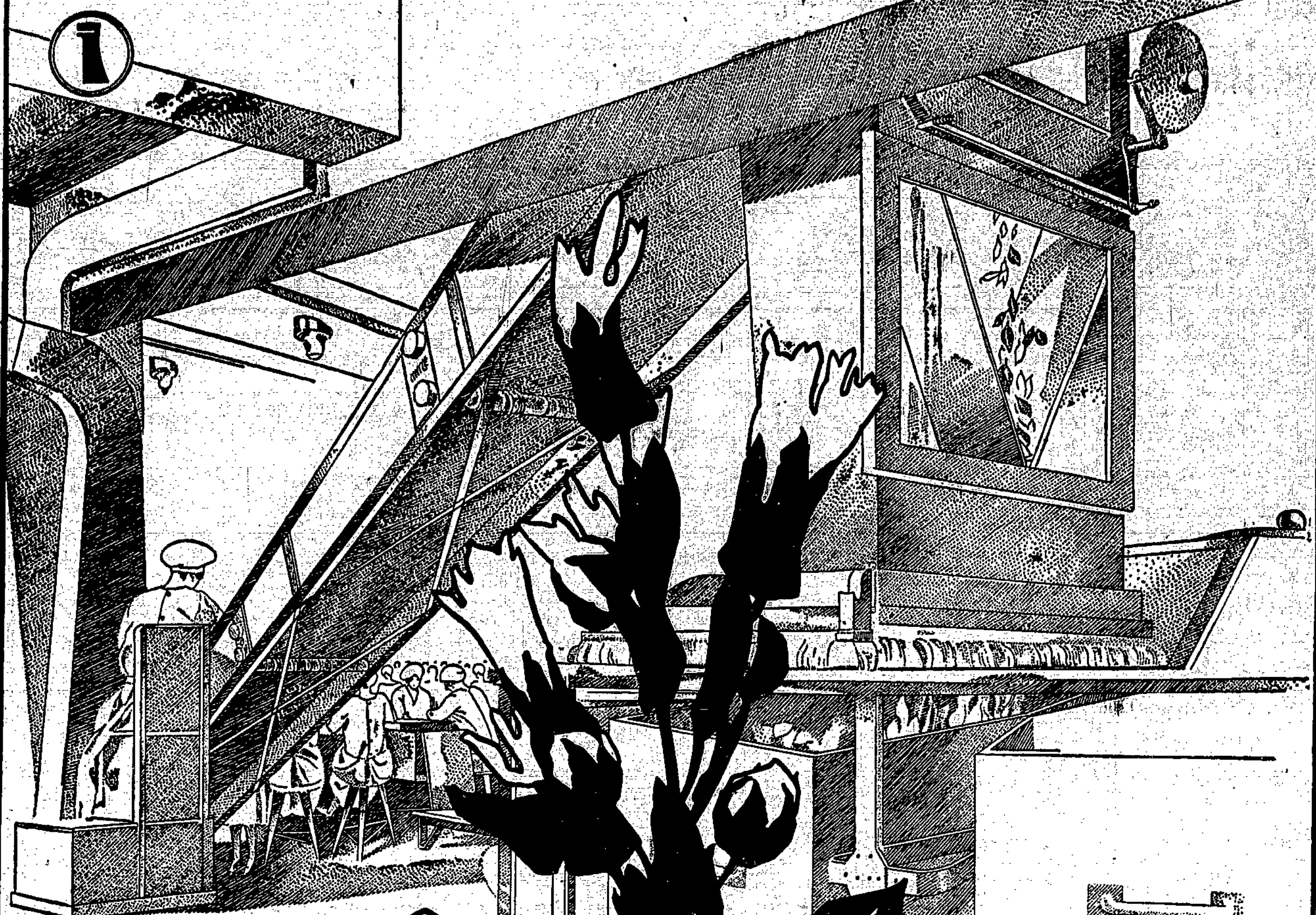
In Hamburg kürzte am Dienstagabend ein vierstöckiges Haus aus noch ungeklärten Ursachen zusammen. Ein Arbeiter wurde verletzt und schwer verletzt. Das Haus war unbewohnt.

Ein aus Udine (Italien) kommender Personenzug entgleiste auf der Bahnstation San Giorgio, aus den Krümmern des Waggons wurden ein Toter und sieben Schwerverletzte geborgen.

Am Montag sind in der Ortschaft Falsenice bei Bari 19 Häuser von einem Großfeuer vernichtet worden. Der Schaden ist sehr hoch. Man nimmt an, daß Brandstiftung vorliegt.

Auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin verletzten 27-jähriger junger Mann seinen 24-jährigen Freund durch einen Schuß und jagte sich dann selbst eine Kugel in den Kopf.

Verantwortlich: Für den politischen Teil keine Verantwortung, für den Bericht im „Weltbühne“ und „Baldenburg“ Wilhelm Dietrich, für „Recht“, „Globe“ und die Abt. des Reichsamt für die Presse, für die Abt. des Reichsamt für die Presse, für die Abt. des Reichsamt für die Presse.



Skizzen von einer Mischungs-
anlage, durch die unsere wert-
vollen Tabakblätter zur reinsten,
natürlichen 'Duftmischung' ge-
bracht werden.

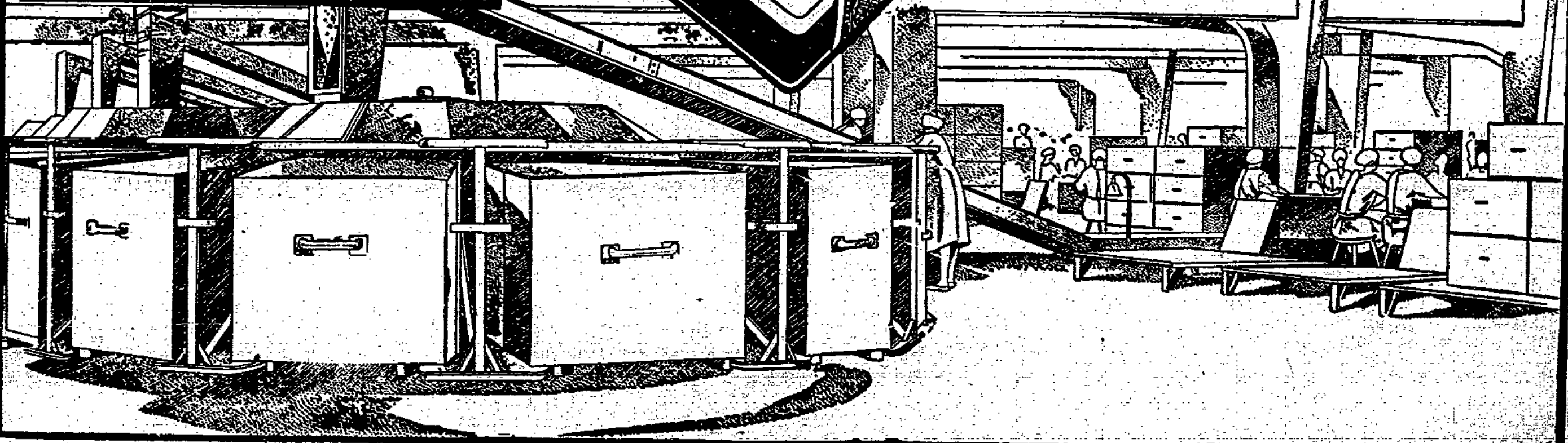


REEMTSMA
CIGARETTEN

ERNTE 23
STANDARD-MISCHUNG

5 Pf.

Diese erprobte Packung
bewahrt das edelste
Aroma wie im Tresor!



Ein neuer Hungerfeldzug gegen die Erwerbslosen

135 Millionen Beitragserhöhung aus den Taschen der Arbeiter

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, nachdem sie wochenlang die Dessenlichkeit darauf vorbereitet hat, einen Beschluß gefaßt, in welchem es u. a. heißt:

„Um die Reichsanstalt für ihre weitere Tätigkeit auskömmlich zu finanzieren, erklärt sich die Fraktion bereit, einer notwendigen und bescheidenen Beitragserhöhung ihrer Zustimmung zu geben. Sie ist zur Beseitigung nachweislich bestehender Mißstände bereit.“

Ausgerechnet der „Anke“ Aufhäuser unternimmt es, diesen Beschluß mit wenig Geschick, aber diesem Eynismus zu verteidigen. Da ihm sachliche Argumente fehlen, sucht er sich an der kommunistischen „Antragsswalze“ zu reiben.

Dieses Manöver, die Arbeiterschaft, und insbesondere die Erwerbslosen zu täuschen, wird dem Aufhäuser nicht gelingen. Zu offenkundig ist zu wiederholtem Male zu Tage getreten, daß die Sozialdemokratie zur Erhaltung der Koalitionsregierung die Interessen der Erwerbslosen gegenüber den Forderungen der Arbeiterklasse vertritt.

Unter der Herrschaft der Koalitionsregierung ist die Zahl derjenigen Erwerbslosen, die ausgearbeitet sind, oder die, weil sie keine Erwerbsmöglichkeit erwerben konnten, keine Unterstützung erhalten, von Monat zu Monat gestiegen. Wir können das an Hand der amtlichen Zahlen beweisen. Es betrug die Zahl:

1928	Arbeitssuchende	Hauptunterstütz.-Empf.	Nichtunterst.
Mai	1 248 895	761 819	488 978
Juni	1 207 410	724 282	488 128
Juli	1 154 835	648 998	507 37
August	1 162 000	654 689	507 811
September	1 157 589	663 745	498 844
Oktober	1 307 990	763 969	548 781
November	1 762 552	1 137 772	624 780
Dezember	2 545 383	1 829 716	715 767

Die Zahlen sind dem Bericht des Reichsarbeitsministers über die Reichsanstalt entnommen.

Als die Erwerbslosenziffer Anfang November des vorigen Jahres sprunghaft in die Höhe ging und damit bereits die Finanzgefahre der Reichsanstalt aufsuchte, wurde unter tatkräftiger Mithilfe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Sonderfürsorge für Saisonarbeiter geschaffen. Nach den amtlichen Zahlen sind dadurch rund eine Million Erwerbsloser um ihren Unterstützungsanspruch, den sie sich auf Grund ihrer Beitragsleistung erworben hatten, glatt betrogen worden.

Eine kräftige Abwehrbewegung unter den Erwerbslosen setzte ein. In Versammlungen und Demonstrationen stellten die Erwerbslosen ihre Forderungen auf. Selbst in Gewerkschaftsversammlungen wurde wiederholt verlangt, den schamlosen Unterdrückungsraub der Sonderfürsorge zu befechtigen.

Sozialdemokratische Minister und Polizeipräsidenten zeigten auch hier, daß sie gewillt sind, die Befehle ihrer Auftraggeber zur Durchführung zu bringen. In der unerhörtesten Weise ließen sie durch ihre Polizeitruppen demonstrierende Erwerbslose auseinanderhauen und schlagen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion nahm die Anträge der Erwerbslosen auf und brachte sie im Reichstag zur Beratung ein. Da die Erwerbslosenbewegung trotz des blutigen Polizeiterrors inzwischen weiter angewachsen war, glaubten die sozialdemokratischen Führer durch eine neue eifrige Komödie die Bewegung auseinanderreiben zu können. Sie brachten ebenfalls Anträge im Reichstag ein, zogen sie aber in demselben Moment zurück, als sich zeigte, daß das Zentrum sich bereit erklärte, für diese Anträge stimmen zu wollen.

Das Ergebnis dieses sozialdemokratischen Theaters war ein Beschluß des Reichstages, dem eine Verordnung des „Genossen“ Wisjell am 22. Februar 1929 folgte.

Zur Zeit, als diese Verordnung herauskam, waren rund 3 300 000 Arbeitssuchende vorhanden. Die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger betrug rund 1 600 000. Am 14. März dagegen wurden rund 1 760 000 Krisenunterstützungsempfänger gezählt, so daß also insgesamt ganze 1 600 000 auf Grund dieser Verordnung in die Krisenfürsorge einbezogen worden sind. Die Zahl wird noch durch die neu hinzugekommenen Ausgesteuerten um einige Tausend verringert.

Wie die Unterstützungssätze der von der Versicherungsanstalt unterstützten Erwerbslosen aussehen, zeigen folgende Zahlen vom 15. Dezember 1928.

Höhe der Grundunterstützung	Hauptunterstützungsempfänger			v. H.
	männlich	weiblich	insgesamt	
6,- Mark	8 751	15 687	24 438	1,9
7,50 "	13 294	28 673	41 967	3,2
8,80 "	25 178	42 712	67 890	5,2
9,90 "	63 096	69 061	132 157	10,2
10,80 "	105 611	53 054	158 665	12,2
13,20 "	156 949	30 756	187 705	14,4
14,65 "	171 478	13 247	184 729	14,2
15,75 "	160 072	5 813	165 889	12,8
17,85 "	128 561	2 616	131 177	10,1
19,95 "	92 001	1 303	93 304	7,2
22,05 "	110 160	1 403	111 563	8,6
Zusammen:	1 035 156	261 325	1 296 481	100,0

Nach dieser Aufstellung erhielten also fast dreiviertel, nämlich 74,1 Prozent aller Unterstützungsempfänger eine Unterstützung in der Höhe von 6 bis 13,75 Mark pro Woche. Die Not, die aus diesen Zahlen spricht, genügt den Unternehmern nicht. Die Reizwortarmee soll noch mehr ausgebeutet werden, damit aus ihr die nötigen Lohnbrüder und Streikbrecher gewonnen werden können. Die Deutsche Volkspartei hat bereits einen Antrag im Reichstag eingebracht, der die Forderungen der Unternehmer auf weiteren Unterstützungsabbau anmeldet. Eine wochenlange Presselampagne über angebliche Mißbräuche in der Erwerbslosenversicherung wurde geführt, um die Stimmung für die Durchführung der Unternehmerforderungen zu schaffen.

In dieser Front darf selbstverständlich auch die sozialdemokratische und Gewerkschaftspresse nicht fehlen. Anstatt die unerhörten Angriffe der Unternehmerpresse zurückzuweisen, wird auch in diesen Zeitungen geschrieben, daß mißbräuchliche Ausnutzung der Arbeitslosenunterstützung auch von ihnen bekämpft wird und schärfere Kontrollmaßnahmen angewendet werden sollen. In dem Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion heißt es ausdrücklich:

„Die Prüfung und Festhaltung tatsächlicher vorhandener Mißbräuche und Vorkläge aus deren Beseitigung sollen durch eine — Kommission erfolgen.“

Das ist das offene Eingeständnis, daß auch die sozialdemokratische Führer bereit sind, bei dem geplanten Unterstützungsabbau mitzuwirken. Ja, sie fordern sogar, die Beiträge für die Versicherung um 1 Prozent auf die Dauer eines Jahres zu erhöhen.

Da nach dem Bericht des Arbeitsministers über die Reichsanstalt 3 Prozent Beitragserhöhung 66 641 992 Mark betragen, so würde eine neue Belastung allein für die Arbeiter in Höhe von über

187 Millionen Mark im Jahre eintreten. Mit dieser Mehrbelastung der Arbeiter soll die Finanzkatastrophe der Reichsanstalt beseitigt werden.

Die Unternehmer wollen von dieser Beitragserhöhung zunächst nichts wissen, um die Sozialdemokraten zu zwingen, in der Frage des Unterstützungsabbaus noch weitere Konzessionen zu machen. So schreibt zum Beispiel die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 27. April in der Morgenausgabe: „Das Defizit der Versicherungsanstalt wird innerhalb eines Jahres über eine Milliarde Mark betragen. Zur Deckung dieses Defizits wäre eine dreiprozentige Beitragserhöhung notwendig.“

Was der Erwerbslose wissen muß

Wichtige Entscheidungen zum ABAVO.

Der Begriff der Arbeitslosigkeit hat im § 87 Nr. 1 ABAVO. nur programmatische Bedeutung und ist erst durch nachfolgende besondere Vorschriften bestimmt. Diese Vorschriften sind ausschließlich dafür maßgebend, ob und für welche Zeit die Arbeitslosenunterstützung verlagert werden darf. Das Arbeitsamt darf deshalb die Arbeitslosenunterstützung nicht schlechthin wegen Arbeitsunwilligkeit auf Grund des § 87 Nr. 1 verlagern. (Entsch. des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung vom 31. Oktober 1928. II a Nr. 40/28.)

1. Ist eine Befehlung nach § 90 ABAVO. durch allgemeines Merkblatt bei der Arbeitslosmeldung oder bei Beginn der Arbeitslosenunterstützung durch das Arbeitsamt erfolgt, so muß das spätere Arbeitsangebot des Arbeitsamts erkennen lassen, ob das Arbeitsamt die angebotene Arbeit als annahmefähig ansieht.

2. Ein Arbeitsangebot kann mit der Wirkung, daß im Falle unbedingter Ablehnung die Sperre nach § 90 ABAVO. eintritt, auch seitens eines Arbeitgebers jedenfalls dann erfolgen, wenn die angebotene Arbeit im Bezirk des Arbeitsamts zu verrichten ist. Doch ist in diesem Falle zur Verhängung der Sperre erforderlich, daß der Ablehnungsgrund schuldhaft zu Unrecht angenommen wurde. Außerdem bedarf es auch hier einer Befehlung seitens des Arbeitsamts über die Folgen einer Weigerung nach § 90 Abs. 1, die aber auch hier durch ein allgemeines Merkblatt des Arbeitsamts erfolgen kann. (Entsch. des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung vom 7. November 1928. II a Nr. 130/29.)

Der Lauf der Sperrfrist nach § 93 Abs. 1 ABAVO. beginnt nicht erst mit dem Tage der Arbeitslosmeldung oder der Stellung des Unterstützungsantrages, sondern schon mit dem auf den Entlassungstag folgenden Tage. (Entsch. des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung vom 31. Oktober 1928. II a Nr. 203/28.)

1. Mehreren Empfängern von Arbeitslosenunterstützung (versicherungsmäßiger Arbeitslosenunterstützung und Krisenunterstützung) wird der Familienzuschlag für dasselbe Kind nur einmal gewährt.

2. Bezieht der außerheilige Vater und die Mutter eines unehelichen Kindes gleichzeitig Arbeitslosenunterstützung, so ist der Familienzuschlag für dieses Kind dem natürlichen Vater allein zu gewähren. (Entsch. des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung vom 7. November 1928. II a Nr. 123/28.)

1. Ob ein sogenannter Umlerner, der seinen bisherigen Beruf wechselt und zu einem Beruf als Bauarbeiter übergeht, sich während der Einarbeitungszeit zu dem Bauarbeiterberuf in einem Lehrlingsverhältnis befindet, hängt von den Umständen des Einzelfalles ab. Der Abschluß eines schriftlichen Lehrvertrages ist für sich allein noch nicht unbedingt für die Bejahung des Lehrverhältnisses im Sinne des § 74 ABAVO. maßgeblich, wenn die sonstigen Umstände ergeben, daß in Wirklichkeit ein solches nicht vorliegt.

2. Wird die Befreiungsanzeige auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages gemäß § 74 Abs. 1 in Verbindung mit § 77 ABAVO. nicht

Die Erwerbslosen und die Betriebsarbeiter müssen die Gefahren, von denen sie bedroht werden, erkennen. Einig und geschlossen muß die Arbeiterklasse zusammenstehen, um diesen Frontangriff der Unternehmers und Sozialdemokraten abzuwehren.

Fragekasten

Anfrage: Muß, wenn freie Kost gewährt wird, diese auch bei der Krankenkasse angemeldet werden? — Antwort: Ja, freie Kost und freies Logis sind Teile des Arbeitslohnes, für die Beiträge gezahlt werden müssen. Die Krankenkassen sehen ortsübliche Beiträge für die Gewährung von Kost und Logis an.

Anfrage Blumenau: Die Unterstützung kann bei Arbeitsverweigerung nicht ganz, sondern nur auf 4 Wochen entzogen werden. Wegen einer solchen Entziehung der Unterstützung muß sofort Einspruch beim Spruchauschuß des Arbeitsamtes in Waldburg eingelegt werden; allerdings besteht nicht viel Aussicht auf Erfolg, da, wie die Praxis beweist, in derartigen Fragen von den Arbeitsämtern und auch den Spruchauschüssen sehr rigoros vorgegangen wird. Die Anfrage, ob 28 Pfg. der richtige Tariflohn ist, kann von hier aus nicht beantwortet werden, da uns die korrekten Tarifsätze nicht bekannt sind.

eingeleitet, so bedeutet das nicht nur, daß keine Befreiung von der Beitragspflicht eintritt, sondern auch, daß die nach dem allgemeinen Voraussetzungen des § 89 ABAVO. begründete Versicherungsspflicht bestehen bleibt. (Entsch. des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung vom 19. Oktober 1928. II a Nr. 73/28.)

1. Der Begriff der Aussperrung im Sinne des § 94 Abs. 1 ABAVO. ist nach den Grundbegriffen des Arbeitsrechts auszulegen. Es ist darunter eine Massenentlassung bzw. Massenentlassung der Arbeitnehmer durch den Arbeitgeber zu einem Kampfweg zu verstehen mit dem Willen der Wiedereinstellung nach Erreichung des Kampftzieles. Der Kampfweg und der Wiedereinstellungswille können ausdrücklich ausgesprochen sein oder sich aus den Umständen ergeben. Das Kampftziel kann sowohl wirtschaftlicher, als sonstiger Art sein.

2. Dieser Begriffsbestimmung der Aussperrung nach § 94 Abs. 1 ABAVO. steht es nicht entgegen, wenn der Arbeitgeber als Kampftmaßnahme den Betrieb für die Dauer der Aussperrung ganz oder teilweise stillgelegt im Sinne des allgemeinen Sprachgebrauchs zum Kampfweg vornimmt.

3. Im Sinne des § 94 Abs. 1 ABAVO. ist es unerheblich, ob eine Aussperrung unter Tarifbruch erfolgt ist oder nicht. Die Spruchbehörden der Arbeitslosenversicherung haben deshalb nicht zu prüfen, ob bei einer Aussperrung im Sinne des § 94 Abs. 1 ABAVO. ein Tarifbruch gegeben ist oder nicht.

4. Beginn und Ablauf der Wartezeit des § 110 ABAVO. wird nicht durch das Vorliegen der Voraussetzungen des § 94 Abs. 1 ABAVO. gehindert. (Entsch. des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung vom 14. November 1928. II a 402/28 und 403/28.)

Kann ein Arbeitsloser nach § 103 Abs. 2 und 3 ABAVO. den Familienzuschlag für seine Angehörigen beanspruchen, so darf der Familienzuschlag nicht aus dem Grunde verweigert werden, weil der Arbeitslose als früherer Beamter Ruhegehalt bezieht und zu diesem die beamtenrechtlichen Zuschläge für die gleichen Angehörigen erhält. (Entsch. des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung vom 12. Dezember 1928. II a Nr. 234/28.)

Hat ein Unternehmer mehrere, örtlich verschiedene Betriebsstätten, so ist als Arbeitsstätte im Sinne des § 105 Abs. 2 Satz 2 ABAVO. nur derjenige engere örtliche Bereich anzusehen, in dem der betreffende Arbeitnehmer gearbeitet hat. (Entsch. des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung vom 14. November 1928. II a Nr. 213/28.)

Ist die Arbeitslosigkeit an dem Vortage eines in die Woche fallenden, gesetzlich anerkannten, allgemeinen Feiertages eingetreten, und hat sich der Arbeitslose insoweit erst am Tage nach diesem Feiertage arbeitslos gemeldet, so beginnt trotzdem die Wartezeit für die Arbeitslosenunterstützung nach § 110, Abs. 1 ABAVO. nicht schon mit dem Feiertag, sondern erst mit dem Tage der Arbeitslosmeldung. (Entsch. des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung vom 5. Dezember 1928. II a Nr. 237/28.)

Das „Sofort-Programm“

Die Koalitionsregierung hat beschlossen, ein „Sofort-Programm“ betr. Abänderung der Arbeitslosenversicherung zur Durchführung zu bringen. Aus dem Inhalt dieses Sofort-Programms weiß das „Berliner Tageblatt“ am 11. Mai folgendes mitzuteilen:

„Man darf auch annehmen, daß unter dieses Sofort-Programm die Vorlegung derjenigen gesetzlichen Änderungen fällt, über deren Notwendigkeit bei den Verbänden der Arbeitgeber und bei den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen Einigkeit besteht, also über eine klare Definition des Begriffs „Arbeitslos“ oder mit dem Ziele der Ausschaltung der Doppelverdiener. Einige andere Fragen scheinen allerdings der Klärung noch ziemlich weit zu sein, wie besonders die Einräumung des qualifizierten Bedürftigkeitsnachweises.“

Entgegen aller sozialdemokratischen Ablehnungen ist also festzustellen, daß die Koalitionsregierung außer dem völligen Ausschluß der Saisonarbeiter vom Bezug der Unterstützung auch noch die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung plant. Es ist auch klar, was die „Ausschaltung der Doppelverdiener“ bedeutet. Solange noch ein Familienmitglied in Arbeit steht, sollen arbeitslose Familienmitglieder keine Unterstützung erhalten.

An der Verhinderung der geplanten Verschlechterungen haben auch diejenigen Arbeiter ein Interesse, die heute noch in Arbeit stehen. Denn wenn durch den Raub der Arbeitslosenunterstützung neue Tausende, dem Verhungern preisgegeben, auf der Straße liegen, wird das auch die Lage der betriebs-tätigen Arbeiter verschlechtern.

Sagan

Auch in Sagan wird gesparrt. Wie wir schon mitteilten, ist man drum und dran, das Problem der Finanzen auf dem Wege der größten Sparsamkeit nach dem Wunsch des Finanzministers Hilsberlin auch in Sagan zu unterstützen, um auf diese Weise das morsiche Haus vor dem Einsturz zu bewahren. Man plant vom städtischen Haushaltetat 157 000 Mark Abstriche zu machen. Für die Armen der Verarmten bedeutet das eine weitere Verschlechterung. Schon bei Beratung des Haushalts-etats im Vorjahre wurden 8000 Mark gekürzt. Wir können feststellen, daß einige Wohlfahrtsempfänger wöchentlich ganze

3 bis 4 Mark, ja einige 1,50 Mark Unterstützung

erhalten. Hier wird die Unterkaltspflicht sehr genau geprüft, dagegen bei besser oder sogar gut gestellten Leuten tat man dieses nicht und zahlte z. B. der Fleischertochter F. die Osterbeihilfe. Die Osterbeihilfe sollte wieder eingezogen werden, ob dieses erfolgt sein mag, ist eine andere Frage.

Die kommunistische Stadtratsfraktion reichte für die Armenunterstützungsempfänger in der letzten Stadtratsversammlung folgenden Antrag ein:

„Jeder Armenunterstützungsempfänger erhält die Armenrente am 1. des Monats und nicht unter dem Mindestsatz der Allgem. Fürsorgeverordnung von monatlich 32 Mark und nicht wie bisher immer am 15. des Monats.“

Dieser Antrag wurde dem Magistrat übergeben und kommt in der nächsten Stadtratsversammlung zur Beratung.

Die Fraktion der Panzersozialisten wollte gleich in letzter Stadtratsversammlung 157 000 Mark Abstriche durch Erhebung neuer Verbrauchsteuern wettmachen und stimmte für 7 Prozent mehr Biersteuer.

Proleten, gesparrt wird immer an euch, und wenn es Blut kosten muß.

Erwerbslose! Heraus zum Protest!

nehmt Stellung gegen die geplante „Reform“ des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes!

Der Mörder von der Weidenstraße gefasst

Ein 57jähriger Bildhauer, den Frau Penne obdachlos machte

Ein merkwürdiges Dejemnat und eine noch merkwürdigere Interessenorganisation

In dem Breslauer Stadthausplan sind 100 000 Mark eingestrichelt...

Breslau, 15. Mai. Gestern vormittag, kurz nach Mitternacht...

in Streit gekommen sein will. Sie soll ihm noch einmal die Tür geöffnet haben...

Flucht eines Strafgefangenen aus „Allerbhelligem“

Am Dienstag 22 Uhr ist aus dem hiesigen Allerbhelligem-Hospital der bekannte Einbrecher...

„Leure“ Kunst Eine Million braucht das Stadttheater! Aber Riesengehälter von 32000 Mark jährlich

Debatten über das Stadttheater sind sowohl im Magistrat wie auch in der Stadtverordnetenversammlung geführt...

Die Solofänger bestehen 220 000 Mark und die Solofängerinnen 140 000 Mark...

Polizeipräsident und Regierungspräsident

In Breslau hält sich mit Herzduldigkeit das Gerücht, daß zwischen dem Regierungspräsidenten Jaenicke...

Kleinbürger aller Arten, vereint euch in der SPD!

In der „Volkswacht“ herrscht eine Freude, daß dieser Tage zwei bekannte Breslauer Reichsbannerleute...

Neuanfassungen der Feuerwehr

Für die übermorgen stattfindende Stadtverordnetenversammlung ist eine Magistratsvorlage eingegangen...

Eisenbahn-Fluchtvertehr

Zur Bewältigung des Ausflugs- und Fernverkehrs zu Pfingsten werden auf nachstehenden Strecken u. a. folgende Vor-, Nach- und Sonderzüge...

Fanfarensignale bei der Feuerwehr

An den Fahrzeugen der Feuerwehr und Polizei sind jetzt Fanfaren angebracht, die weithin hörbar sind...

Goethe hatte während seiner Studentenzzeit in Eschenheim bei Straßburg eine Ländelei mit einer Pfarrerstochter...

Deute Eröffnung der städtischen Bäder

Deute, 15. Mai, werden folgende städtische Freibäder ihren Betrieb eröffnen: Strandbad am Beerbeuteler See...

Über die Kindesmutter?

Am 10. Mai gegen 15 Uhr, wurde am Wallblabepfah am Rindergöbten ein neugeborenes Kind tot aufgefunden...

Briefkasten

„Rechtender Mensch“: Bericht über Gerichtsverhandlung kann nur gebracht werden, wenn Name des Einsenders genannt wird...

Weitere Ausbreitung der „Spionage“-funde

Wegen verdächtigter Spionage hand der 20jährige Fortschrittskämpfer Peter Strowen vor dem I. Strafsenat des Oberlandesgerichts in Breslau...

Omniafahnen nach Hobben

Nicht nur am nächsten Sonntag, dem 19. Mai, sondern auch am Montag, dem 20. Mai (2. Pfingsttag), wird bei gütiger Beteiligung...

Mittelschlesien

Del. Mykeridier Todesfall: Bei einer Fahrt über die Heider hielt der Rittgutsbesitzer Saeffel-Schnau...

Weißer Zähne: Chlorodont

Frieden in Paris - Krieg gegen die Sowjetunion

Zum Abschluß der Pariser Reparationsverhandlungen

Je mehr die bürgerliche und sozialdemokratische Presse über "Wallaus Hand" anlässlich der brutalen Angriffe der Vorgeliebten auf die Berliner Arbeiterkämpfe schwärmt, um so weniger wird über "Wallaus Hand", die aber der Pariser Reparationskonferenz gewidmet hat, geschrieben. Denn "Wallaus", d. h. die Sowjetunion, ist der entscheidende Faktor für die Reparationsverhandlungen der Imperialisten, die sich nach dem großen Scheitern doch noch abzuwickeln, glauben.

Wie ist (nach der großen Rückzug Schacht's in Paris zu erwarten) statt einer durchschnittlichen Reparationszahlung von 1850 Millionen Mark die Schacht wenige Tage vorher noch als unüberwindlichen Hindernis hingestellt hatte, hat er selber einen neuen Vorschlag auf eine durchschnittliche Jahreszahlung von 2,06 Milliarden Mark gemacht. Nach den neuen deutschen Vorschlägen sollen in den ersten zehn Jahren jährlich 1700 Millionen Mark Reparationen, für die Gesamtzahl von 87 Jahren 1850 Millionen Mark im Jahresdurchschnitt, geleistet werden. Hinzu kommen noch die Zinsen und Tilgungsraten für die Dawesanleihe in Höhe von etwa 70 Millionen Mark alljährlich.

Dieser deutsche Reparationsvorschlag deckt sich im Endbetrage fast mit einem neuen Vorschlag des Vertreters des amerikanischen Imperialismus, Young; er hat eine durchschnittliche Zahlung von 2,06 Milliarden vorgeschlagen.

Schacht hat für die Erhöhung der von ihm selber angebotenen Reparationszahlungen um 400 Millionen Mark alljährlich keineswegs Konzessionen auf anderen Gebieten zugesichert bekommen. Im Gegenteil, sogar nach dem Schacht'schen Vorschlag soll der Reparationsbetrag, der ohne "Transfer-Schutz", d. h. ohne Rücksicht auf die Wirtschaft und Währungsfrage in Deutschland, an das Ausland bezahlt werden muß, auf 850 Millionen Mark alljährlich erhöht werden. Dieser unbedingt zu zahlende Reparationsbetrag soll zur Grundlage für die Auslegung einer Reparationsanleihe, d. h. für die Kommerzialisierung eines Teiles der Reparationszahlungen, dienen. Die übrigen Reparationszahlungen sollen der Reparationsbank, die bekanntlich von Morgan vorgeschlagen worden ist, überwiesen werden. Wie kommt es, daß die deutsche Bourgeoisie selber trotz ihres Notgeschreies, 37 Jahre lang Reparationszahlungen in Höhe von über 2,06 Milliarden jährlich vorzuschlagen? Nun, Schacht, als Vertreter des deutschen Finanzkapitals weiß sehr wohl, daß die Imperialisten keineswegs 37 Jahre lang Frieden halten werden. Die Schacht'sche Spekulation läuft darauf hinaus, daß für die allerhöchste Zeit eine beschränkte Herabsetzung der Reparationszahlungen herbeiführt, während über die weitere Zukunft des Reparationsystems imperialistische Machtverhältnisse, die durch neue Kriege, vor allem aber zur Zeit des neuen deutschen Imperialismus durch einen Krieg gegen die Sowjetunion, verändert werden sollen, entscheiden. Das wird sehr offen in dem Organ des Trustkapitals, der "Rheinisch-Westfälischen Zeitung", vom 7. d. M. bestätigt:

„Alles hängt aber davon ab, ob man daran glauben will, daß innerhalb zehn Jahren eine Änderung der ganzen Lage eintritt. Politische Gründe waren es, die die deutsche Währungsreform veranlaßten, sich zu höheren Zahlungen zu verpflichten, als ursprünglich geplant war.“

Ebenfalls politische Gründe haben den englischen Imperialismus bestimmt, sich grundsätzlich mit dem neuen deutschen Reparationsvorschlag einverstanden zu erklären. Muß der englische Imperialismus nicht befürchten, daß die geplante Weltreparationsbank mit ihren gewaltigen finanziellen Mitteln entscheidende Bedeutung auf den Kapitalmarkt und in der gesamten imperialistischen Politik bekommen kann, wobei diese Weltreparationsbank unter maßgebendem Einfluß des gewaltigsten imperialistischen Konkurrenten Großbritanniens, nämlich von Morgan, stehen würde? Morgan wird zweifellos verstehen, sich nicht nur riesige Provisionsgewinne bei der Reparationsanleihe einzulassen, sondern auch sich entscheidenden Einfluß in der Reparationsbank zu sichern, wenn auch dem britischen Finanzkapital einige Konzessionen dabei gemacht werden. Dennoch ist der englische Imperialismus mit der Weltreparationsbank einverstanden gewesen? Nun, auch er spekuliert auf eine völlige Veränderung der imperialistischen Machtverhältnisse zu seinen Gunsten durch einen Krieg gegen die Sowjetunion. Dadurch würde er mit einem Schlag seine imperialistische Welt Herrschaft festigen und von neuem

ausdehnen können, unter der Voraussetzung, daß die Niederwerfung der Sowjetunion gelingt. Englands Einverständnis mit der Weltreparationsbank ist nur deswegen erfolgt, weil damit der deutsche Imperialismus endgültig in die von dem britischen Imperialismus organisierte Front gegen die Sowjetunion eintritt. Der deutsche Kapitalismus selber wird an beschleunigten Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion interessiert, weil er von einer Niederwerfung der Sowjetunion eine Befreiung von dem jetzigen Dawes-System, gleichgültig aber auch die gewaltigen Wirtschaftserfolge, die er bringender als je herbeiführt. Hierin trifft sich das praktische Interesse des deutschen Finanzkapitals mit dem der geplanten Reparationsbank. Die Durchführung der Reparationszahlungen ist in weiterer Zukunft nur möglich durch Steigerung der Warenausfuhr, deutsche Warenausfuhrüberschüsse. Die Reparationsbank wird versuchen, mit den Erlösen aus der deutschen Reparationszahlungen, durch profitable Kapitalanlagen in den Kolonien, aber auch in einem niedergegangenen Rußland die deutsche Warenausfuhr zu steigern. Darüber hinaus erstreben die deutschen Kapitalisten durch Kapitalausfuhr eine Steigerung ihrer Warenausfuhr, um so selber wiederum Profitansprüche von kolonialisierten Völkern zu erhalten.

Generalstreik in Bombay

(M.B.) Die revolutionäre Entwicklung der indischen Arbeiterschaft geht mit großen Schritten unaufhörlich und unauffällig vorwärts. Es wachen die revolutionären Gewerkschaften, und gleichzeitig wird ihre Verbindung mit immer breiteren Arbeitermassen fester. Ein Streik ist den anderen ab, und immer neue Arbeiterschichten werden auf diese Weise in die revolutionäre Kampffront gegen die anglo-indische Bourgeoisie hineingezogen. Der englische Imperialismus steigert den rücksichtslosen Terror gegen die Arbeitermassen, und durch ein System widerlicher Provokationen versucht er die Arbeiterbewegung zu zerschlagen und sie ihrer Führer zu berauben. Mitte März verhaftete die englisch-indische Regierung als Antwort auf die Kienstreikbewegung 31 Führer der legalen Massenorganisationen der Arbeiter und Bauern in Indien. Sie wurden mit der Begründung verhaftet, sie hätten eine Verschwörung organisiert, den König seiner Souveränität in Indien zu berauben. Diese Verurteilung der anglo-indischen Regierung, die Arbeiterbewegung zu vernichten, stoßen auf einen entschlossenen heroischen Widerstand der Arbeiterschaft.

Gleichzeitig mit der Verhaftung revolutionärer Führer durch die Regierung versuchen die Unternehmer, den "Girmi Ramgar" - Verband (revolutionärer Textilarbeiterverband) zu zerschlagen, indem sie die Mitglieder des Verbandes aus ihrer Arbeitsstätten entfernern. In der vorigen Woche sind aus diesem Grunde 7000 Textilarbeiter, alles Mitglieder des revolutionären Textilarbeiterverbandes, entlassen worden. Der revolutionäre Textilarbeiterverband hat daraufhin die ganze Textilarbeiterchaft von Bombay zum Generalstreik aufgerufen. Am ersten Tag, d. h. am 28. April 1929, standen bereits 130 000 Textilarbeiter in 33 der vorhandenen 84 Spinnereien im Streik. Der Kampf bezieht sich auf die gesamte Textilindustrie von Bombay, die 200 000 Arbeiter beschäftigt, aus. Die Streikenden fordern die sofortige Wiedereinstellung der gemobiliten Arbeiter. Die indische Polizei hat das Zentralbüro des revolutionären Textilarbeiterverbandes in Bombay besetzt und das sämtliche dort vorhandene Material beschlagnahmt. Dieser neuerliche Streik ist ein Beweis dafür, daß alle von der englisch-indischen Regierung getroffenen Maßnahmen, die Arbeiterbewegung Indiens zu unterdrücken, auf eine eiserne Mauer des geschlossenen Widerstandes der gesamten Arbeiterschaft stoßen und daß sie immer wieder den gleichen Widerstand finden werden.

Der Textilarbeiterstreik des Jahres 1928, der unter der Führung der linken Gewerkschaften begann, brachte keine Lösung der durch ihn aufgeworfenen Fragen. Es wurde von den linken Führern eine Reihe von Fehlern gemacht, u. a. bestand der schwerste darin, daß Reformen mit in das Streikkomitee aufgenommen wurden, was zur Teilkapitulation des Jahres 1928 führte, so daß auch die

Die einzige an den Reparationen interessierte imperialistische Großmacht, die sich bisher noch nicht mit dem Reparationsvorschlag Schacht's einverstanden erklärt hat, ist der französische Imperialismus. Ihre Vertreter in Paris, Maréchal, will eine höhere Jahresleistung Deutschlands erschaffen. Er ist davon ganz besonders interessiert, weil der Abwärtstrend an den Reparationen dem französischen Imperialismus zufällt. Mit den französischen Imperialismus nicht vollständig in eine Front mit dem englischen Imperialismus, dem Konkurrenten des amerikanischen, zu treten, wird Morgan vielleicht dem französischen Imperialismus einige besondere Konzessionen in der Reparationsbank, vielleicht z. B. durch eine erhöhte Gewinnbeteiligung, einräumen.

Der endgültige Reparationsfrieden von Paris ist also nur deswegen zustande gekommen, weil die deutschen und die englischen Imperialisten seine Dauer keineswegs allzu lange erwarteten. Sie setzten den neuen Krieg der Imperialisten gegen die Sowjetunion voraus, je größer die imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, um so schneller erhofft der deutsche Imperialismus die endgültige Revision des Reparationsystems und neue Ausrichtungsmöglichkeiten im Interesse seiner eigenen imperialistischen Ziele. Demgegenüber fällt der Abschluß des Pariser Reparationsfriedens zusammen mit einer außerordentlich verheerenden Dege gegen die Sowjetunion, die gerade in Deutschland, und hier wiederum besonders von der Sozialdemokratie fürder als je zuvor und mit größeren Verleumdungen, als sie sich die übrigen Imperialisten leisten, betrieben wird. Um diese neue Kriegsbewegung gegen die Sowjetunion ungehindert betreiben zu können, ist gleichzeitig notwendig die Unterbindung der kommunistischen Pressen, die Unterdrückung der kommunistischen Organisationen und die brutale Niederwerfung der revolutionären Arbeiterschaft in Deutschland selbst.

Im Kampf gegen ihr eigenes Vorkriegsregime, gegen die zunehmende Ausbeutung durch Trustkapital muß die Arbeiterschaft gleichzeitig einen beschleunigten Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen, für den Schutz der Sowjetunion führen.

Lohnfragen und die Frage der Nationalisierungsoffensive ungelöst geblieben sind.

Die Abigung der Forderungen der Arbeiter wurde einer Kommission überlassen. Alles wurde so eingerichtet, daß drei Tage vor der Bekanntmachung der Vorschläge dieser Kommission die Verhaftung der Führer erfolgte. Dies wurde mit der Absicht gemacht, die mit diesen Vorschlägen unzufriedene und kampfbereite Arbeiterschaft führerlos und kampfunfähig zu machen. Die Kommission hat nämlich erklärt, daß die Forderung der Textilarbeiter auf eine 100-prozentige Lohnherabsetzung völlig unbegründet sei, daß man aber nicht gewaltsam diese Herabsetzung durchzuführen wolle. Die indischen Reformisten sind auch bereit, voll und ganz die Vorschläge der Kommission zu unterstützen. Sie erklärten, daß sie alles ihnen zur Verfügung stehende Mittel einbringen würden, um in Zukunft die „wiedertun“ Streiks zu verhindern. Die Anklageschrift gegen die verhafteten indischen Arbeiterführer hat ebenfalls eine starke Erregung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen. Bezeichnend ist, daß die englische Presse es nicht wagte, den Wortlaut der Anklageschrift zu veröffentlichen. Diese Anklageschrift strotzt von Fälschungen und Lügen. So werden alle verhafteten Führer, die verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen, Arbeiter- und Bauernparteien angehören, als illegale Verschwörer und Mitglieder der kommunistischen Internationalen, die letztere als Sowjetorganisation, eingestuft. Dabei haben die Arbeiter- und Bauernparteien niemals der kommunistischen Internationalen angehört, und auch jetzt gehören sie ihr nicht an. Die indischen Gewerkschaften gehören auch der Roten Gewerkschaftsinternationalen nicht an.

Es ist klar, daß die Anklageschrift nicht nur das Ziel verfolgt, die Führer der Arbeiterbewegung für Jahre in das Gefängnis zu werfen. Dadurch soll jede aktive Betätigung der linken Gewerkschaften und jede national-revolutionäre Tätigkeit unmöglich gemacht werden.

Die Arbeiterschaft in Bombay hat weder die Hoffnungen des britischen Kapitalismus, noch diejenigen der indischen Reformisten erfüllt. Sie steht wiederum in einem heroischen Kampf. Es hat neue Führer geschaffen. Die neuen Führer, die an Stelle der Verhafteten traten, sind alle Arbeiter von der Spitze bis zum Drehbank. Die erste Tat des neugewählten Zentralkomitees des revolutionären Textilarbeiterverbandes war die Erklärung des Generalstreiks. Mit neuer Kraft, mit neuer Entschlossenheit wird der Kampf, der nicht nur um die Besserung der Lebenslage, sondern gleichzeitig um die Befreiung der Werktätigen Indiens vom Joch des britischen Imperialismus geht, geführt.

BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG

Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Grelsenverlag, Rudolstadt, Th.

„Armer Junge,“ sagte Sukrow tief erschüttert, als er mit Grothe und März eine Viertelstunde später an der Leiche des Kollegen stand. „Hätte ich eine Ahnung gehabt, aber er sprach ja kein Wort,“ sagte März.

„Hätte er denn keine Papiere bei sich?“
„Nichts, keine Brieftasche, kein Geld, keine Uhr, als ob man ihn ausgeplündert hat, nur in der Westentasche fand ich diesen Zettel, aber daraus ging auch nichts hervor,“ antwortete März. Sukrow ergriff den zerknüllten Zettel, und während er las, nahmen seine Züge eine bizarre Starbheit an.

„Sieber Freund! Sei nicht böse, daß ich dich so lange warten lasse. Es geht nicht eher. Der Kapitän muß noch eine Unterchrift einholen. Sei pünktlich am Bahnhof um 10 Uhr 20 Minuten.“

„Verstehen Sie das?“ fragte März, die seinen veränderten Gesichtsausdruck bemerkte.

„Ja,“ sagte er wie hypnotisiert, „ich verstehe jetzt alles!“ Ein schwerer Seufzer entwand sich seiner Brust, er schämte sich nicht seiner Tränen.
„Armer Junge, er fiel als dreifaches Opfer! Seine nationalpolitische Bergehung, ein dämonisches Weib und unsere Strategie haben ihn zum Opfer gezeugt. Durch absichtlich falsche Gerüchte, die wir dem Gegner zutragen, um ihn zu zerschlagen, erwarteten wir den Verstoß, der Anlaß zu diesem furchterlichen Gemetzel gab. Aber das haben wir nicht gewollt!“

„Wieso denn das?“ fragte Grothe hart. „Und wenn der Erfolg der ganzen Komödie nur in diesem einen Befehl, der jetzt weniger gegen uns steht, als es uns nicht ist. Sonst könnte der sicher noch übrigen würde Arbeiter niederschlagen. So stark er, — wenigstens noch lebend geworden — das ist für ihn wie für uns besser, als wenn er auf dem berühmten „Feld der Ehre“ gefallen wäre!“

17. Kapitel.

„Möge eine in Euertrud rein äußerlich betrachtet, alles seinen gewohnten Gang, und doch war es ein anderes Leben als früher.“

Verdrossen und mit leerem Magen trotzte der Rumpel morgens zum Zehentor, denn die Lebensmittelnot wurde täglich schlimmer. Man arbeitete nur, um zu arbeiten. Wer mochte auch auf der Dreihundert-Meter-Sohle mit Eifer Kohlen laden, während oben, über der Erde, die Dinge der Entscheidung entgegenstehen, jeden Augenblick wieder die Alarmglocken erklingen konnten? Jede Stunde brachte neue Hoff- und Hoffnungsbotschaften. Die Zeitungsnachrichten waren bei Drucklegung samt und sonders überholt.

Wo war sie geblieben, die einheitsliche, glühende Kampfesstimme, die die Arbeiter vor zehn Tagen befeuerte? Rechtssozialisten und Unabhängige, Kommunisten und Christliche, Hirsch-Dunckerische und syndikalistische Arbeiter zogen damals an einem Strang, und selbst viele Bürgerliche sympathisierten. Jetzt aber, unter dem zerschlagenden Einfluß der Vorkriegs Verhandlungen und des Hungers, Klassen die alten Gegensätze erneut und schärfer auf, erhoben Mulklosigkeit, Uneinigkeit, Verrat und Verneinung ihr Haupt.

Noch wurden jene, die zur Unterwerfung bereit waren, von den anderen überstimmt, die ganz deutlich die Reichswehrreaktion mit nachfolgender Restaurierung der kappistischen Pläne kommen sahen. Nur der Appell an die proletarische Solidarität mit den Brüdern im Schützengraben bewirkte noch einigen Halt.

Die Sitzungen des Swertruper Vollzugsrates gaben ein getreues Spiegelbild dieser widerstrebenden Stimmungen. Reife, Doersath, Rupper und noch ein halbes Duzend andere, forderten sofortigen Abbau der Front, Rückkehr und Auflösung der Verbände und restlose Waffenabgabe auf dem Rathaus, gemäß den Bedingungen des Regierungsultimatums, das am 30. März, mittags zwölf Uhr, abließ.

Ihr schärfster Widersacher war der Syndikalist Reiring, der Kampf bis aufs Messer predigte und nicht müde wurde, die Arbeiter gegen den Verrat der Jungen zu alarmieren. Als indirekte Folge seiner Propaganda war zu beobachten, daß ein Trupp bewaffneter Arbeiter vor das Gebäude des „Generalanzeigers“ zog, den gerade anwesenden Chefredakteur heraußholte, und ihn zwang, sich vor der Menge wegen eines erschienenen Artikels, der „harte Angriffe gegen die Arbeiter enthielt, zu entschuldigen.“

Peter Kuckers gehörte zu denen, die vermöge ihrer Einblicke in die Politik und in die unzulänglichen Mittel der Arbeiterschaft blutenden Herzens die Ruflosigkeit eines weiteren Widerstandes erkannten. Entgegen seinem Impuls — der ihn an die Front trieb — hatte man ihn mit der Organisation des Rückzuges für die Swer-

truper Kontingente betraut. In dieser urdankbaren Aufgabe hatte er sich aufgegeben, war um zehn Jahre gealtert. Wie hatte er gearbeitet, geredet, gebettelt, gedroht, kommandiert und gescholten — und wie wenig hatte er vermocht? — Um jeden Sad Haken, um jede Riste Rudeln mußte er stundenlang nicht nur mit Arbeitermehrer und Lieferanten, sondern auch mit dem ersten Helfertgeist befehlerten Kollegen des Vollzugsrates schwärmen und flüchten. Seiner Intuition war zu danken, daß bei einem Kaufmann eine halbe Waggonladung Runkthönig beschlagnahmt wurde, aber die anderen Hindertier ihn, dieses Nahrungsmittel der Front zuzuführen, sondern beanspruchten es für Kinder, Kranke und Mütter.

Ob aber der Streik noch beendet war, entstand nachts in dem Schuppen, wo die Sendung untergestellt war, auf unerklärliche Weise Feuer, und der ganze Vorrat verbrannte.

Für Abholung der Truppen hatte Bürgermeister Lidenstahl einmal 120 000 Mark ausgezahlt. Das war gleich zu Anfang unter dem Eindruck der Arbeiterflucht. Dann erklärte er, es seien keine Zahlungsmittel mehr vorhanden, und schließlich weigerte er sich ganz kategorisch, ohne Gegenzeichnung seines Vorgesetzten, des Regierungspräsidenten, noch Gelder auszugeben. Die Unternehmer, die man zur Zahlung verpflichtete, fanden sich unter Druck schließlich zur Ausstellung von großen Schecks bereit, aber niemand wollte sie ein, weil auch die Banken plötzlich keine Zahlungsmittel mehr lieferten. Niemandes sah die dumpe, daß hinter diesem unerklärlichen Mangel an Darmitteln irgendwelches schwarzes Komplott steckte; geräuschlos aber verdedlich den Kopf, wie dem beizuliegen sei. Die Aufgabe von Holzgeld — das sah er wohl ein — konnte hier nicht helfen, da niemand ein so unsicheres Papier als vollwertiges Zahlungsmittel anerkennen würde.

Mit Kleidung und Stiefeln war es ähnlich. In den Geschäften fand sich nichts dergleichen vor. Schließlich fiel man ein einziges Mittel, das er aus der Geschichte der großen französischen Revolution kannte, ein. Jeder Bürger der Stadt sollte durch Dekret gezwungen werden, ein Paar Stiefel oder Schuhe für die Front zu liefern; aber — eben erhoben nicht nur Reife und selbe Getreuen, sondern sogar ein eigener Parteigenosse Feitner Einpruch. — „Ich hab doch keine Käufer!“ — „Denkswenig gelang.“ — „Die noch auf „Gewerkschaft Deutsche Erde“ vorhandene Mittel.“ — „Gewerkschaften in Gang zu setzen. Man sagte wohl zu, aber dann haben die doch an diesem oder jenem.“ (Grelsenverlag)

Vereinigte Theater Schauspielhaus

Lobe-Theater
 Von Sonnabend, den 11. 5.
 bis Sonnabend den 18. 5.
 täglich 20.15 Uhr:
 Zum ersten Male!
 (Neueinstudierung)
Frühlings-Erwachen
 von Franz Wedekind

Thalla-Theater
 Von Sonnabend, den 11. 5.
 bis Sonnabend, den 18. 5.
 täglich 20.15 Uhr:
 Zum ersten Male!
 (Neueinstudierung)
Der Arzt am Scheideweg
 Von Bernard Shaw
 Deutsch von Siegf. Krebbs

Operettenbühne Tel. 36300
 Täglich 20 Uhr
Gastspiel
Kammerlänger
Serge Abramovic
Friederike

Stadttheater Breslau
 (Opernhaus)
 Mittwoch, 20 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie B 19
Fra Diavolo
 Donnerstag, 20 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie E 19
Stiefkind
 Freitag, 20 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie C 19
Der und Stummemann
 Sonnabend, 20 Uhr
Der Freischütz
 Sonntag, 19 Uhr
Schwanen
 Montag, 20 Uhr
 In vollständiger Neueinstudierung
Der Siegerbaron

Wandbildhaus Grundmann
 Breslau, Trebnitzer Str. 21
Belebung v. Auslagen, Wäpche
und Schmuckstücken

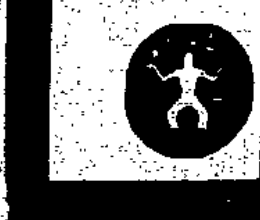
Künftige Bekanntmachung
von Weisthen
 Die Auszahlung der Sozial- u. Kleinrentnerunterstützung erfolgt für die Stammgemeinde Weisthen sowie für den Ortsteil Neu-Salbrunn am
Donnerstag, dem 18. Mai 1929
 vormittags 9-10 Uhr
 in der hiesigen Gemeindehauptkass.
 Weisthen, den 18. Mai 1929
 Der Gemeindebesorger
 Hertwig

Arbeiter kauft Möbel
 im
Volkspeicher
 Es gibt dort
 einfache u. bessere
Möbel
 auch Teilzahlung
 Erster Breslauer
 Möbel-Volkspeicher.
Robert Stache
 Berliner Str. 9

Wir liefern
 Plakate
 Briefbogen
 Rechnungen
 Programme
 Einladungskarten
 Flugblätter
 Werke
 Zeitungen
 Zeitschriften
 Relationsdruck
 Massenanlagen
 prompt und
 preiswert

PEUVAG

Papier-Erzeugung-
 und Verwertungs-
 Aktien-Gesellschaft
 Berlin
 Fil. Breslau
 Trebnitzer Str. 50



Lass Dir nicht eine beliebige Margarine aufreden, sondern bestieh' auf „Blauband, frisch gekirnt“. Wenn Du „Blauband“ an Stelle von Butter gebrauchst, ernährst Du Deine Familie ebenso gut und kannst bei jedem Pfund über 1 Mark in die Sparbüchse stecken



Und die
Bekleidung

Wenn sie gut und billig
 // sein soll, dann zu //

Messow!

nach der Schmiedebrücke

Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung
 durch günstige Einkäufe und große Selbstanfertigung in
schönen, neuen
Frühjahrsmoden

in besonders vorteilhaften Preislagen

Einige hundert Stück bildsch., mod.
Damen- u. Backfisch-Hüte
 aus feinen, weichen Spinnstoffen, in
 schönen Farbenstellungen, kleidenden
 Glöckchen und aufgebogenen Formen,
 mit Haaren
 Randern, Stück **2.75 3.50**
 Elegante, hellfarbige
Backfisch-Spitzenhüte
 mit Kinnbänderchen, in sehr
 schönen Ausführungen, St. **4.50 6.50**

Messow
 Mitglied der
 Kunden-
 Kredit
 K. u. F. K.
 Gartenstr. 67,
 I. Etage.

Empfehle
Schuhe, Stiefel und Pantoffeln
 vom einfachsten bis zu elegantesten
Maß- u. Reparaturwerkstatt
Richard Wende, Rauscha
 am Gemeindeplatz

Empfehle
feine Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Kühn
 Rauscha, Freiwaldauer Straße

Moderner Klebebetrieb
 Maschinenfertigung und Reparaturen
 Verarbeite nur prima Kernleder
 trotzdem niedrigste Preise
 G. W. W. W.
Schubmachers M. Kühnel
 Görlitz, Pomolog.-Garten-Str. 17

Parteilosen!
Besucht nur die Lokale,
 die auch in der
„Arbeiter-Zeitung“ inserieren!

In Ihrem Interesse

liegt es, sich bei G. u. A. an den Red. auf
 die Arbeiter-Zeitung zu beziehen

Arbeiter, Angestellte und Beamte

solten sich nach den Beschlüssen des Gewerkschafts-
 kongresses, der Genossenschaftstage, des Allgem. freien
 Angestelltenbundes u. des Allgem. Deutschen Beamten-
 bundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, das

„Volksfürsorge“
 Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche
 Versicherungsattengesellschaft

Auskunft erteilen beim Material versenden kostenlos
 die Rechnungsstellen in Breslau, Margarethenstr. 171,
 Biegnitz, Bismarckstr. 4 (Volkshaus) Waldenburg,
 Sandstr. 1 Gletwitz, Postamtstraße 11, Herr Johann
 Rosch, Oppeln, Zimmerstraße 6, oder der Vorstand
 der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Allee 68/69

Welcher Erwerblose
 hat noch nicht die
„Arbeiter-Zeitung“
 abonniert? Jeder hole es sofort nach und bestelle
 das Blatt der Hoffenbewußten
 Arbeiterschaft!

Versammlungskalender

Kommunistischer Jugendverband
 Breslau
 - Wagner, Messergasse 34 (großes Zimmer), wichtige Tagesordnung,
 Mitgliedsbuch mitbringen.
 - „Die roten Hühner“ Mittwoch 20 Uhr Probel
 Weisthen, „Die roten Hühner“ spielen hier zu Pfingsten.
 Freiburg, Mittwoch 19 Uhr sind alle Jugendgenossen an der grünen
 Wäpche.
 - „Die roten Hühner“ Donnerstag Probe.
Jung-Spartakus-Bund
 Breslau
 - Gruppe Schottländer (West), Donnerstag 18 Uhr Feiernabend in der
 „Stadl Kammlau“, Wäpchestraße 212.
Sonstige Organisationen
 Breslau
 - Rotte Gasse 10, Mittwoch 20 Uhr im Lokal Wäpchestraße 10 General-
 mitgliederbesprechung u. wichtige Tagesordnung: Der Kampf in Berlin
 u. in Wäpche mitbringen.
 - Rotte Gasse 10, Donnerstag 20 Uhr Versammlung bei Kabisch, Gasse,
 Gasse, Gasse Poststraße.
 - Arbeiter-Sportgruppe, Dienstag 20 Uhr treffen sich alle Mitglieder
 bei Traxel in Gumbel.
 - Arbeiter-Sportgruppe, Dienstag von 20 bis 22 Uhr Übungsstunden bei Kabisch,
 Gasse, Neue Kilmienstraße 2.
 - „Jugendklub“, Mittwoch 19 Uhr im „Roten 25ten“, Kabisch-
 schiedstraße, gemischter Chor, Gesangsübungen Genossen sind willkommen.
 Gasse, Rotte Gasse, Mittwoch Mittelloberbesprechung bei Wende („Stadl
 Breslau“), alles erledigt, wichtige Tagesordnung!
 Gasse, Rotte Gasse, Mittwoch 20 Uhr Mittelloberbesprechung bei Gasse,
 Gasse, Rotte Gasse, Donnerstag 20 Uhr in der „Stadl“, Gasse,
 Gasse.